

Bundesregierung beschließt Bürokratiebremse

Abbau von Vorschriften stärkt den Standort Deutschland

Wir bauen Bürokratie weiter ab. Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung neue spürbare Vereinfachungen beschlossen. Diese entlasten besonders kleine und mittlere Unternehmen um rund 744 Millionen Euro pro Jahr. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland.

- **Selbstverpflichtung „one in, one out“:** Für jede neue Regelung soll künftig eine Vorschrift wegfallen. So will die CDU den Verwaltungsaufwand für Bürger und Unternehmen dauerhaft begrenzen.
- **Erleichterung im Steuerrecht:** Das steuerliche Faktorverfahren für Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften wird vereinfacht. Damit wird es künftig leichter, eine gerechtere Verteilung der Lohnsteuer zu erreichen, wenn beide Partner arbeiten.
- **Erleichterungen für den Mittelstand:** Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach dem Handelsgesetzbuch und der Abgabenordnung werden gelockert. Künftig entfallen diese Pflichten für Unternehmen mit einem Umsatz bis 600.000 Euro beziehungsweise einem Gewinn bis 60.000 Euro. 140 000 Unternehmen in Deutschland werden alleine dadurch um rund eine halbe Milliarde Euro pro Jahr entlastet.
- **Erleichterungen für Existenzgründer:** Junge Unternehmen sind künftig bis 800.000 Euro Jahresumsatz von verschiedenen Meldepflichten befreit. Existenzgründer sollen sich auf ihr Geschäft konzentrieren können.

Die CDU setzt weniger Bürokratie durch. Denn der Abbau von Bürokratie wirkt wie ein kostenloses Konjunkturprogramm. Damit beweist die CDU einmal mehr, dass sie mit Augenmaß und Sachverstand Deutschland voran bringt.

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font.